

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 19 (1927)

Heft: 1

Rubrik: Tagesfragen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Tagesfragen.

Die *Verwerfung des Getreidemonopols* und die Propaganda, der dieses Ergebnis zu verdanken ist, haben wieder einmal mehr gezeigt, wo der wunde Punkt unserer Demokratie liegt: in der Urteilsfähigkeit oder richtiger Urteilsunfähigkeit der Stimmberechtigten. Demokratie ohne selbständig denkende Bürger bedeutet oft Herrschaft der Demagogie. Das hat sich in den letzten Jahren bei verschiedenen Volksabstimmungen bewahrheitet, besonders in jenen Fällen, wo die wirtschaftlich herrschende Klasse ihre privilegierte Stellung bedroht glaubte; es können freilich auch Beispiele angeführt werden, die von überraschender Selbständigkeit des Schweizervolkes gegenüber demagogischen Einflüssen zeugen. Die Rettung der Demokratie vor der Demagogie ist nur möglich durch Erziehung des Volkes zu möglichst selbständigem Urteilen. Diese Erziehungsaufgabe fällt in erster Linie jener Bewegung zu, die eine Neugestaltung der gesellschaftlichen Beziehungen anstrebt: der sozialistischen Arbeiterbewegung. Denn alles Neue hat den schärfsten Kampf auszufechten mit den alten Ueberlieferungen und Gewohnheiten, und es kann sie nur überwinden durch Einsicht. Leider ist jenes Organ, das das wertvollste Hilfsmittel zur Volkserziehung sein könnte, oft ein Hindernis auf diesem Weg. Die Presse, vor allem die Tagespresse, und zwar die aller Schattierungen, bemüht sich immer mehr, den Wunsch nach raschster Orientierung und die Sensationslust der Leser zu befriedigen, und erliegt daher allzuleicht dem Schlagwort. In weiten Volkskreisen macht sich heute eine mit Schlagworten gespickte Halbbildung breit, die dann gewöhnlich in entscheidenden Momenten versagt.

*

Der Bundesrat ist nun beauftragt, eine *andere Lösung der Getreidefrage* zu suchen. Die gemeinwirtschaftliche Getreideversorgung des Landes soll fallen gelassen und nur noch die Unterstützung des einheimischen Getreidebaues und allenfalls die Aufspeicherung von Getreidevorräten gesetzlich geregelt werden. Bei der Erörterung dieser Fragen ist man aber bisher dem Kernpunkt sorgfältig aus dem Weg gegangen: Wer soll die Kosten der Getreidesubventionierung tragen? Wir können uns nur zwei Wege vorstellen: Entweder werden diese Kosten durch einen Getreide- und Mehlzoll oder auf andere Weise direkt auf den Brotkonsumenten abgewälzt oder sie werden aus der Bundeskasse bestritten und müssen dann nach der heutigen Bundesfinanzpolitik ebenfalls durch die Konsumenten aufgebracht werden. Dass die Monopolvereiner aus ihrem Fonds zur Bekämpfung des Staatssozialismus den Getreidebau subventionieren werden oder dass sie Hand bieten werden, zu diesem Zweck eine Bundessteuer auf Erbschaften oder auf hohe Vermögen und Einkommen einzuführen, ist wohl nicht anzunehmen. Es ist also keine Lösung möglich ohne Belastung

der Konsumenten, d. h. der breiten Volksmassen. Auch der « Vorschlag zur Verständigung » von Nationalrat Sulzer kommt nicht darum herum. Er ersetzt den Getreidezoll durch eine Belastung der Mühlen, die von diesen natürlich mit oder ohne Zuschlag auf die Bäcker und auf den Brotpreis überwältzt wird, und eine Erhöhung des Mehlzolls. Herr Sulzer wird niemand zumuten, zu glauben, dass die Wirkung dieses Verfahrens nicht haargenau dieselbe ist wie die eines Getreidezolls. Bemerkenswert am Vorschlag Sulzer ist die Unverfrorenheit, mit der ein Gegner der « Staatsbureaukratie » erklärt, die Getreideverwaltung des Bundes könne weiterhin das Inlandgetreide übernehmen und seine Vermahlung kontrollieren, nur vom Einkauf von fremdem Getreide muss sie die Hand lassen. Das heisst: Alles, was Kosten verursacht, darf der Staat machen, jede Gewinnmöglichkeit aber hat er dem Privatkapital zu überlassen.

Es ist überflüssig zu sagen, dass die Arbeiterorganisationen jeden derartigen Vorschlag mit aller Energie bekämpfen werden. Und dass in der Volksabstimmung eine Getreidevorlage gegen die Konsumenten nicht durchzubringen ist, braucht wohl nicht erst bewiesen zu werden.

*

Der Kampf um das Getreidemonopol bot das für unser Land ungewohnte Bild, dass *Arbeiter und Bauern* für dieselbe Sache stritten, wenn auch nicht mit derselben Begründung. Diese Tatsache hat zweifellos die grosskapitalistischen Kreise erst recht bewogen, alles einzusetzen, um die Vorlage zu Fall zu bringen; denn sie sehen in einem Zusammengehen von Arbeitern und Bauern nicht ganz mit Unrecht eine Bedrohung ihrer Herrschaft. Man darf sich aber keine Illusionen machen über diese « rot-grüne Allianz », von der in den letzten Wochen soviel geschrieben wurde. Wir werden die ersten sein, die es aus vollster Ueberzeugung begrüssen werden, wenn die Arbeiter in Industrie und Landwirtschaft sich die Hand reichen, um für die gemeinsamen Interessen der Arbeit, für ihren Schutz und ihre gerechte Entlohnung zu kämpfen. Allein es wäre gefährlich, aus rein opportunistischen Erwägungen zu verschweigen, welche tiefgreifenden Gegensätze heute noch zwischen Bauernbewegung und Arbeiterbewegung bestehen und welche verschiedene Einstellung vorhanden ist auch in Fragen wie z. B. beim Getreidemonopol, wo eine gemeinsame Kampfesfront zustande kommt. Gerade aus dem Bestreben heraus, mit den Bauern zu einer dauerhaften Verständigung zu kommen, muss gefordert werden, dass die bestehenden Gegensätze nicht einfach vorübergehend übertüncht und nachher wieder in aller Schärfe betont werden, sondern dass man die Meinungsverschiedenheiten klarlegt und ihnen auf den Grund geht. Hoffentlich gibt der Kampf ums Getreidemonopol den Anstoss, dass von seiten der Arbeiterschaft wie der Bauern das gegenseitige Verhältnis einmal gründlich und frei von aller Dogmatik und Schlagwortpolitik ge-

prüft wird. Die schweizerische Arbeiterbewegung hat bisher eine schwere Unterlassungssünde begangen, indem sie sich mit der Agrarfrage und ihren Besonderheiten in der Schweiz noch herzlich wenig beschäftigt hat.

*

Was wir in unserem Aufruf für das Getreidemonopol geschrieben haben, nämlich dass die Abstimmung einen grossen Einfluss ausüben werde auf den sozialen Kurs in unserem Land, hat sich als richtig erwiesen. Die Hetze gegen Staat und Staatsbetriebe soll nun spezialisiert werden in einen *Angriff auf die Arbeitsbedingungen des Bundespersonals*. Der Feldzug wird systematisch geführt. Schon bei Erscheinen des eidgenössischen Voranschlages wurden in einer Agenturmeldung die Mehreinlagen in den Versicherungsfonds des Personals sowie die ordentlichen Besoldungserhöhungen besonders hervorgehoben, während von den 84,982,202 Franken des Militärdepartements kein Wort gesagt wurde. In der Dezembersession der eidgenössischen Räte kam es dann schon deutlicher zum Ausdruck, wohin der Kurs gehen soll. Durch Verlängerung der Arbeitszeit und Kürzung der Ferien soll das Personal ein Opfer bringen zur Sanierung der Bundesbahnen, wurde angetönt. Dass auch die Besoldungsfrage noch lange nicht gelöst ist, zeigte die Behandlung der Teuerungszulagen für 1927, über die kein übereinstimmender Beschluss der beiden Räte zustande kam. Merkwürdig ist nur, dass einzig dem Personal Opfer zugemutet werden; es denkt kein Mensch daran, den Bezüglern der 112 Millionen Zinsen, welche die Bundesbahnen jährlich bezahlen müssen und die rund 60 Prozent aller Personalausgaben ausmachen, ebenfalls Gelegenheit zur Betätigung ihres Opferwillens zu geben. Ein typisches Bild aus unserer Gesellschaftsordnung: Auf das arbeitslose Einkommen besteht ein Rechtsanspruch, das Einkommen, für das Menschen ihre Arbeitskraft, ja ihr Leben einsetzen müssen, ist Gegenstand eines schmachlichen Marktes.

*

Der Charakter eines Staates und seiner Politik kommt stets am besten zum Ausdruck in seinem *Budget*. Von den 324 Millionen Franken Ausgaben des eidgenössischen Voranschlages für das Jahr 1927 entfallen 113 Millionen oder 35 Prozent auf Verzinsung und Tilgung der Schulden, weitere 85 Millionen oder 27 Prozent auf die Militärausgaben. Für alle übrigen Zwecke bleiben noch 38 Prozent, davon 9 Prozent für die gesamte Sozialversicherung. Zieht man die Zinsen- und Tilgungsausgaben nicht in Betracht, so machen die Militärausgaben 40 Prozent aus, die für die Sozialversicherung 14 Prozent. Von den 309 Millionen Franken Einnahmen stammen 231 Millionen oder 75 Prozent aus Zöllen. Wir glauben, diese Zahlen charakterisieren die eidgenössische Politik zur Genüge.